



Tarek Al-Wazir MdL
Fraktionsvorsitzender
Frank Kaufmann MdL
Sprecher für Flugverkehr

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Tel: +49 (611) 350 580
Fax: +49 (611) 350 604
Email: t.al-wazir@ltg.hessen.de

Wiesbaden, 14. August 2012

Gesundheitliche Folgen von Fluglärm **Eine offene Antwort auf einen offenen Brief vom 1. August 2012**

Lieber Herr Krauß,
sehr geehrte Damen und Herren,

die negativen gesundheitlichen Folgen von Fluglärm und auch von Schadstoffemissionen des Flugverkehrs sind schon seit langer Zeit ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit im Hessischen Landtag. Deshalb begrüßen wir GRÜNE es ausdrücklich, dass Sie sich ebenfalls so engagiert für die Reduzierung der Belastungen einsetzen, wie es in Ihrem offenen Brief vom 1. August zum Ausdruck kommt. Völlig zu Recht hat diese Erklärung von mittlerweile mehr als 100 Medizinerinnen und Medizinern unterschiedlichster Fachrichtungen und Erfahrungen in der Öffentlichkeit erhebliche Resonanz gefunden. Sie ist damit ein wichtiger Beitrag zur Fortsetzung der Debatte und zur Stärkung des Bewusstseins, dass wir uns mit den gegebenen Belastungszuständen nicht abfinden dürfen.

Die vom Umweltbundesamt dargelegten Erkenntnisse ebenso wie die Resolution des 115. Deutschen Ärztetages zeigen die Problematik in erschreckender Deutlichkeit auf. Wir sind wie Sie der Meinung, dass es dringend Aktivitäten geben muss, um weiteren Schaden zu verhindern. Doch dazu stellt sich die Frage, wie dies insbesondere gegenüber dem für das Fluglärmgesetz zuständigen Bundesgesetzgeber erreicht werden kann, der die Problematik zwar durchaus kennt, in seiner Mehrheit allerdings bislang eher den gut organisierten Lobbyinteressen der Luftverkehrswirtschaft folgt. Wir müssen zum jetzigen Zeitpunkt also feststellen, dass der aus der Gesellschaft kommende Druck bislang noch nicht ausreicht, um hier einen Wandel der Auffassungen zu bewirken.

Was wir deshalb sehr bedauern, ist Ihre im offenen Brief dargelegte Einschätzung zur NORAH-Studie, die Sie sinngemäß als überflüssig, ja sogar schädlich erachten. Als diejenigen, die aus der parlamentarischen Opposition heraus es seinerzeit geschafft haben, eine solche Studie durch die Drohung der Einsetzung einer Enquete-Kommission bei der Mehrheit durchzusetzen, müssen wir dieser Auffassung dezidiert widersprechen. Angesichts der von der interessierten Luftverkehrswirtschaft mit Bedacht formulierten „wissenschaftlichen“ Zweifel an den bisherigen Erkenntnissen, halten wir es nach wie vor leider für notwendig, also auch für richtig, eine spezifisch für Frankfurt

konzipierte Studie mit breiter wissenschaftlicher Absicherung durchzuführen. Diese Aufgabe kann die NORAH-Studie, bei allen Mängeln, die ihr innewohnen, u. E. gut erfüllen. Wir GRÜNE haben deshalb die Studie auch stets konstruktiv-kritisch begleitet, wie zum Beispiel durch einen Berichtsantrag im Februar 2012 (Drucksache 18 / 5237). Wir bitten auch Sie, die Studie ebenfalls kritisch zu begleiten.

Als Mitglieder der GRÜNEN Landtagsfraktion setzen wir uns seit Jahren dafür ein, die Belastungen durch Fluglärm endlich ernst zu nehmen. Leider mussten wir dabei eben immer wieder feststellen, dass es nur sehr selten gelungen ist, öffentliche Aufmerksamkeit und gesellschaftliche Unterstützung über den Kreis der direkt Betroffenen hinaus zu erreichen. Die Mehrheit im Landtag hatte uns nach der Veröffentlichung der sog. Greiser-Studie sogar eine Anhörung im zuständigen Landtagsausschuss verweigert, ohne dass es zu einem großen öffentlichen Aufschrei in der Rhein-Main-Region gekommen wäre. Dies lag sicher daran, dass zu diesem Zeitpunkt die Nordwestbahn noch nicht eröffnet war, aber es zeigt, wie schwierig es ist, genügend öffentlichen Druck zu erzeugen.

Unsere unter dem Strich positive Einstellung zur NORAH-Studie wird auch von dem Gedanken getragen, dass wir als Kritiker der Fluglärmbelastung möglichst alle Möglichkeiten nutzen und viele unterschiedliche Wege gehen sollten, um zum gemeinsamen Ziel zu kommen: eine wirksame Verringerung des Fluglärms in der Rhein-Main Region. Aus Ihrer sehr kritischen Position zur NORAH-Studie entnehmen wir nämlich auch einen deutlichen Hinweis auf die Notwendigkeit der Studie, was zunächst absurd klingen mag, aber eben das Dilemma zeigt. Es gibt natürlich schon reichlich wissenschaftliche Erkenntnisse über schädliche Wirkungen von Fluglärm, indes haben sie bislang leider nicht zu einer entsprechenden öffentlichen Debatte, geschweige denn zu gesetzgeberischen Konsequenzen geführt. Und ist es nicht auch bei etlichen der Ärztinnen und Ärzten, die jetzt unterschrieben haben so, dass erst die unmittelbare persönliche Lärmbetroffenheit den Anstoß zu verstärkten öffentlichen Aktivitäten gegeben hat? Die schon vor der Eröffnung der Nordwestbahn vorliegenden Erkenntnisse waren also leider nicht ausreichend, um eine große Aufmerksamkeit und damit auch entsprechenden gesellschaftlichen Druck jenseits des Kreises der direkt Betroffenen und langjährig Engagierten zu erzeugen. Bei vielen ist das Engagement erst durch die direkte Betroffenheit entstanden – das spricht nicht gegen das Engagement, im Gegenteil, aber es zeigt das Problem: Die vorliegenden Erkenntnisse alleine haben nicht ausgereicht, es brauchte die persönliche Betroffenheit. Vom Fluglärm sind, gerade nach der Eröffnung der Nordwestbahn, mehr Menschen im Rhein-Main-Gebiet betroffen als jemals zuvor, aber den nötigen Druck für Veränderungen werden wir nur entfalten, wenn wir die Nicht-Betroffenen zu unseren Unterstützern machen. Und genau hier setzen wir darauf, dass die Debatte um die NORAH-Studie und spätestens ihre Ergebnisse weitere Anstöße für mehr Lärmschutz geben.

Als ein vergleichbares Beispiel möge die Problematik des Passivrauchens dienen; auch hier waren die schädlichen Folgen für die Allgemeinheit über Jahrzehnte bei Interessierten gut bekannt – und wurden von einer finanzstarken Lobby immer wieder geleugnet. Die jahrelangen Mahnungen und Hinweise der Medizin wurden erst wirksam, als die Ergebnisse von Studien nicht mehr wegdiskutiert werden konnten. Der Streit um das Rauchverbot in der Gastronomie wurde jahrelang geführt, und jahrelang gelang es der Tabaklobby, Handlungen des Gesetzgebers zu verhindern. Der Wendepunkt kam im Dezember 2005, als das Krebsforschungszentrum Heidelberg eine wissenschaftliche Studie veröffentlichte, die nachwies, dass es in Deutschland im Jahr mindestens 3300 Tote durch Passivrauchen gibt und sogar die Krankheitsbilder aufschlüsselte. Klare Hinweise auf die Schädlichkeit von Passivrauch gab es schon vorher, aber mit dieser Studie war es bewiesen, und zwar so klar und wissenschaftlich unangreifbar, dass es jetzt in allen Bundesländern Rauchverbote in der Gastronomie zum Schutz vor Passivrauch gibt. Die Studie hat einen

gesellschaftlichen Druck entfacht, der am Ende zu Ergebnissen geführt hat, die alle guten Argumente vorher nicht erreichen konnten.

Offensichtlich braucht es für die Bereitschaft der Gesellschaft, neue Erkenntnisse als Handlungsorientierung anzunehmen, entscheidender Anstöße. Dies können erfahrungsgemäß entsprechende breit angelegte Studien sein, die die Problematik aufarbeiten, auch indem sie ein Spektrum wissenschaftlicher Meinungen im rationalen Diskurs zusammen bringen. Damit können letztlich politische Mehrheiten zum Handeln veranlasst werden, auch wenn die Lobbyisten weiterhin Widerstand leisten. Sie können gewiss sein, dass u. a. wir GRÜNE bei der Fluglärmproblematik nicht rasten und ruhen werden, damit aus den Studienergebnissen Konsequenzen zugunsten einer Reduzierung formuliert und möglichst auch rasch durchgesetzt werden.

Bitte denken Sie an die alte „Weisheit“ aus der Politik: Es kommt nicht darauf an, die Überzeugten hinter sich zu bringen, sondern darum, eine gesellschaftliche Mehrheit auch bei den Nicht-Wissenden zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Tarek Al-Wazir

Frank Kaufmann